

Fr. 241 Bad Ems, Montag, den 20. Oktober 1919 71. Jahrgang

Ende des Streiks in Berlin

Der Fortschritt der Weißgardien in Rußland
 Helsingfors, 15. Okt. Die weiße Armee er-
 reichte Station Sigou, 13 Werst von Petersburg. Pa-
 schen legten die Eisenbahnbrücke von Koino an
 und nach Moskau.

Amsterdam, 19. Okt. Nach einem Bericht der aus Nopengangen steigt der westliche Theil von Krona in Brand. Ein Geschwader der Kaiserlichen hinderte die russischen Kriegsschiffe daran, den Hafen zu verlassen, so an der Verteidigung von Petersburg zu theilnehmen. Es wird drahtlos gemeldet, daß nach Abzug der russischen Truppen aus Petersburg auch die Ukraine erhalten haben, die Stadt zu verlassen. Der Reichstag hat in seiner Sitzung die politische besprochen. Es wird gemeldet, daß die jüdischen und agrarischen Parteien in einer gemeinsamen Erklärung beschossen, mit den Völkern Frieden zu schließen. Die englische Mission in Petersburg, die schon beschissen hatte, nach England zurückzukehren, bereitet sich jetzt vor, nach Petersburg zu gehen.

Einladung des Reichskommissars v. Stord und
seiner Leitung lagten am Samstag in Coblenz zur
der Ernährungsanfrage im besetzten Gebiet Ver-
treter der Verwaltungs-, Ordnungs- und Wirtschaftsbe-
rufsvertreter aus Industrie, Handel, Hand-
werk und Landwirtschaft, auch die Gewerkschaften, Bahnb-
und Konsumgenossenschaften nation Vertreter ent-
samt in einer allgemeinen Beratung die Mißstände
und Beseitigung des besetzten Gebietes bezeich-
die Möglichkeiten der Milderung oder Beseitigung
Mißstände erwogen würden. Welt über hundert Be-
stimmungen und Mitglieder des parlamentarischen Bei-
Reichskommissar waren erschienen, und es war
der Zusammenfassung der Versammlung zu ersehen,
sowohl an Anregungen wie auch an Gegenmaßnahmen
sehlen konnte. Da auch die Staatsregierung
der in Frage kommenden Wirtschaftsämter ent-
war angeordnet worden, daß man in Berlin
als genaueste über Mißstände und Stimmungen im
Gebiet unterrichtet werde, an deren Beseitigung
des allgemeinen vaterländischen Wohls und des
Erhalts mit allen möglichen Mitteln gearbeitet

der Brotpreise hingewiesen, die allerdings durch Reichthums-
schätze auf dem bekannten Wege gemildert werden konnte.
Doch etwas gethan werden müsse, darüber waren alle einig,
denn er werde schwer sein, das Volk ruhig zu halten,
wenn eine nennenswerthe Besserung nicht eald eintrete.
Besonders das besetzte Gebiet müsse sich beim Abfließen
seiner Nahrungsmittel in das Ausland darüber klar sein, daß
das besetzte Gebiet Zufuhrprovinz ist, da eine eignen Er-
zeugnisse ohnehin nur für sieben bis acht Monate reichen
und es dem unbefestigten Gebiet schwer fallen dürfte, die
Nahrungsmittel zu ersetzen, die wir uns selber durch Ab-
fließen entgehen lassen. Hier müßte, so wurde von ver-
schiedenen Seiten gefordert, die Gesetzgebung einmengen. Die
Landwirtschaft dürfe nicht mehr das Willkürigen Willkür-
nischen sein, besonders nicht unter der neuen Regierung,
die doch so ganz anders geartet sein sollte wie die frühere.
Die Auseinandersetzungen, die sich nur zu oft in allgemeinen
Erörterungen über Segen und Schaden der Zwangswirtschaft
und ein gegenseitigen Aufrechnen aller Sünden ergüßten,
nahmen nach und nach insofern eine festere Form an,
bestanden ein Ziel, indem der Gedanke nach einer freien
Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern
durchbrach. Wenn man sich auch in der Versammlung nicht
im Klaren darüber war, wie ein Hinübergang über die all-
gemein festgesetzten Höchtpreise, die Vorbedingung für solche
Vereinbarungen mit den Landwirten, vorerst überhaupt mög-
lich sein sollte, so ließ der Gedanke nach freier Verein-
barung doch den Wunsch nach einem Anschuß laut werden,
der sich mit dieser Angelegenheit zu befassen habe. Ein
solcher Anschuß aus allen anwesenden Behörden, Ver-
segersgruppen und Berufsständen wurde dann auch gebildet,
ohne daß ihm eine gebundene Marschroute gegeben wurde.
Er wird sich — und das ist das greifbare Ergebnis dieses
Theils der Verhandlungen — als kleinere Körperschaft mäch-
tigen in der Versammlung in Bezug auf unsere Nahrungs-
mittelversorgung aufgeworfenen Fragen beschäftigen. Ob
es dem Anschuß gelingen wird, wesentliche Erfolge zu er-
zielen, wird letzten Endes nicht allein von seinen Fähig-
keiten und seinem Willen abhängen; aber die Möglichkeit,
die sich hier bietet, rechtfertigt ein Vertrauen in diesen
Anschuß und ein billiges Unterstügen seiner Arbeit.
Erzeuger und Verbraucher sind hier mit Vertretern des Han-
dels zu einer Aufgabe vereint, von deren Gelingen viel ab-
hängt, nicht zuletzt auch in Bezug auf das Verhältnis der
besetzten Gebiete zum Reich.

Nachdem ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts noch einige unerfreuliche Angaben über unsere Textilversorgung gemacht hatte, machte die Versammlung bei Gelegenheit der Besprechung der Versorgung mit **Kleidern** gegenüber dem Vertreter der Reichswirtschaftsstelle für das Textilgewerbe seinen Gehl daraus, daß man hier im besetzten Gebiet für die bisherige Arbeit dieser Stelle kein Verständnis hat. Der Regierungsvertreter mußte manch bitteres Wort hören, und man darf auch wohl feststellen, daß seine Ausführungen kein großes Verständnis fanden. Ein von der Versammlung gewählter kleinerer Ausschuß soll auch auf diesen wichtigen Gebiet nach dem Rechten sehen und für Abhilfe Sorge tragen. Leider die Verstimung, die infolge der mangelhaften Versorgung mit Kleidern hier im Rheinlande besteht, dürfte der Regierungsvertreter wohl die nötige Aufklärung erhalten haben.

Trostloses bekam die Versammlung auch bei der in die Tagesordnung eingeschobene Behandlung der Kohlenfrage zu hören. Besonders die Vertreter aus der Pfalz äußerten sehr schwere Bedenken wegen der Abgabe, die in Folge des blühigen Ausbleibens der Saarkohle eintreten würde. Die Industrie sieht dort vor dem blühigen Stillstehen. Auch von anderer Seite wurde auf das sehr Bedenkliche der Kohlenent- und der Kohlenabgabe hingewiesen. Hier könnten sehr unerwünschte Verwicklungen eintreten, mit denen alle rechnen haben. Die Frage ist nicht nur von höchster wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland, sondern auch von einer so politisch schwerwiegenden Bedeutung, daß am liebsten die Kohlenent- und einer Mäßigung der Kohlenabgabe nicht nur Deutschland interessiert ist. Der Reichsminister wurde von der Versammlung ersucht, alles zur Abhilfe zu tun, was ihm möglich sei, und er gab auch eine mementirende Aussage.

Der vorgerückten Stunde wegen war es der Berathung nicht mehr möglich, über die Bekämpfung des Buchers und Schiebertums zu beraten. Zur Weiterberatung der Angelegenheit wurde gleichfalls ein Ausschuss gewählt.

Als Gesamteindruck ließ über den Verlauf der Vermählung die Tatsache haften, daß der Reichscommissar und die neuergewählten Ausschüsse mühsam sind, nach besten Kräften zu helfen, um die Not im besetzten Gebiet zu lindern. Der Herr wird voller Schwierigkeiten sein und unter Umständen die Gesetze voraussetzen, aber, da auch die Staatsregierung, vertreten durch das Oberpräsidium der Rheinprovinz, helfen wird, mag man Hoffnung hegen.

Keine amerikanischen Lebensmittel mehr?

Amerikanische Befehls-Offiziere gaben bekannt, daß die Lebensmittel, die aus den amerikanischen Armeebeständen der russischen Bevölkerung zugewiesen wurden, aufgebraucht sind und aus Amerika nicht mehr ergänzt werden können. Die günstigen Lebensmittelangebote Amerikas seien von der deutschen Verwaltung nicht angenommen worden. Der einzige Weg für die deutsche Volk, so heißt es in der Bekanntmachung, Lebensmittel und Kohlen ohne die ungeheure Verteuerung zu erhalten, sei, die nötigen Lebensmittel zu erzeugen, oder durch Fleiß und Arbeit Werte zu schaffen, die den Stand der deutschen Bevölkerung im Auslande heben.

— Bormarsch des Generals Judenitsch. Die Helsingforsker Korrespondenten der Stockholmer Blätter bestätigen die gemeldete Besetzung von Luga und Bleskau durch die Heeresgruppe Judenitsch. Das Vorgehen längs der Bahn Narwa—Gatschina verlief seit Samstag im Marschtempo. Am Samstag wurde Jamburg genommen und der Zugausfluß bei dieser Stadt überschritten. In den drei nächsten Tagen wurden die in Abständen von je 20 Kilometer in östlicher Richtung aufeinanderfolgenden Stationen Weizmann, Pruda und Wolossovo genommen. Von den Höhen östlich Wolossovo ist bereits der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Gatschina einzunehmen. Es wird gemeldet, daß bei dem ziemlich unblutigen Verlaufenden Bormarsch große Beute, darunter ein Panzerzug, den Angreifern in die Hände gefallen sei. Judenitsch läßt den bevorstehenden Fall Petersburgs ankündigen. Er werde spätestens im November dort eintreffen. Von anderer Seite wird gewarnt, an eine freiwillige Räumung der vorgeschobenen Stellungen durch die Bolschewiken übergroße Hoffnungen zu knüpfen. Festiger Widerstand sei erst in der unmittelbaren Nähe von Petersburg zu erwarten. Aus verschiedenen sinnlichen Kiemern wird das unbefähigte Gerücht gemeldet, Gatschina sei Dienstagabend genommen worden.

— Die finnische Regierung hat nunmehr das Friedensangebot der Völscheritz förmlich abgelehnt. Ein in Stockholm umlaufendes, von einer kon.ativen Abendzeitung wiedergegebenes Gerücht behauptet, Finnland werde doch noch am aktiven Kampf gegen den Völschismus teilnehmen, und zwar mit General Mannerheim entweder als Generalissimus oder als völschischen Diktator.

— Oberst Vermond, der Führer der in den baltischen Staaten gegen die Bolschewiki kämpfenden russischen Heeresgruppe hat augenscheinlich erhebliche Schwierigkeiten mit den Litauern und Letten. Nach einer Meldung aus Gelsingfors hat er an den litauischen Minister des Aeußern und an die litauische Nationalversammlung in Kovno eine Note gerichtet, in der er als sein einziges Ziel den Kampf gegen den Bolschewismus bezeichnet, die volle Souveränität des litauischen Volkes anerkennt und die Hoffnung auf ein Bündnis mit Litauern gegen den gemeinsamen Feind, die Bolschewiki, auspricht. Ferner veröffentlicht die Pressestelle beim Stabe der russischen Westarmee (Heeresgruppe Vermond) in Mitau gegenüber der Darstellung der aus Riga nach Warschau gesuchten Regierung Ulanis, als hätten russische und deutsche Verbände einen Anschlag auf die lettische Selbständigkeit verübt, eine Erklärung, in der es heißt: Das räuberische Steuersystem und die unerbittlichen Requisitionen der verschuldeten lettischen Ulanis-Regierung haben unter der Bevölkerung Lettlands Unwillen gegen Ulanis herbeigeführt. Die Führer der Unzufriedenen wandten sich an den Vertreter der russischen Macht in Mitau, den Oberkommandierenden der russischen Westarmee Oberst Alaslow-Vermond, mit der Bitte, die Ordnung im Lande wieder herzustellen. Der Oberkommandierende lehnte anfangs jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands ab, erst als die lettische Regierung den Vorfridensvertrag mit den Bolschewiki in Dorpat abschloß und, unterstützt von den Esten, Truppen gegen die antibolschewistische russische Westarmee aufmarschieren ließ, entschloß sich Oberst Alaslow, zu handeln. Zur Sicherung seiner bedrohten militärischen Basis beschloß er Oberst das ganze linke Dünauer. Die Bevölkerung Kurlands jubelt dem Obersten Vermond zu und hofft, daß er auch im nördlichen Teil Lettlands Ordnung schaffen wird. Oberst Vermond hat sich jedoch vorläufig damit begnügt, die Basis zu sichern, die seine Truppen für den Vormarsch gegen das Moskauer Bolschewikentum dringend benötigen.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Am Samstag abend aus Helsingfors eingegangene Telegramme bestätigen die bisher gerüchtheilte vorliegenden Nachrichten, nach denen Petersburg von den Truppen der Heeresgruppe Judenitsch am Mittwoch abend genommen ist. Der Handelsminister der nordwestrussischen Regierung, Margatus, der sich zurzeit in Helsingfors aufhält, begibt sich nun nach Wiborg, wo seine Regierung bedeutende Mengen Reis und andere Lebensmitteln aufspeichert hat, die nun sofort nach Petersburg weiterbesördert werden sollen. Ebensio scheint sich die Einnahme Kronstadt durch die englische Flotte zu bestätigen. Unter den in Helsingfors lebenden Russen sind Gerüchte verbreitet, daß die Bolschewiki in Kronsstadt in den letzten Tagen über 2000, den gebildeten Kräfte ansehnliche Personen ertötet haben. In Moskau soll infolge der von den Heeresgruppen Judenitsch und Denikin einlaufenden Nachrichten die größte Spannung herrschen. Die bolschewistischen Behörden sollen kaum noch imstande sein, die Erregung der Bevölkerung niederzuhalten. Die bolschewistischen Heere Wären sich auf, ihre Front sei an mehreren Stellen durchbrochen. Lenin soll in den letzten Tagen dem Verband neue Friedensangebote gemacht haben. Zum Fall von Kronstadt melden Daily News und Daily Express aus Helsingfors, daß Kronstadt, nachdem es von der britischen Flotte bombardiert worden war, kapituliert hat. Die Weißen Truppen besetzten Abo und Selo.

In Petersburg wurden im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Leben der boscshewitschen Minister alle Priester als Geiseln verhaftet. (Das mächte wohl vor der Einnahme der Stadt durch General Judenitch geschehen sein.)

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 17. Oktober.

Eine deutschnationale Anfrage gab heute der Nationalversammlung Veranlassung, sich mit der Tätigkeit der Zentrale für Heimatdienst zu beschäftigen, der von den Fragestellern nachgefragt wird, daß sie Reichsgelder für Propagandazwecke zugunsten einer einzelnen Partei benutze. Ein Regierungsvertreter gab die Versicherung ab, daß das nicht zutrefte, daß diese Zentrale vielmehr ganz allgemein für die Aufklärung über die Politik der Regierung und über die Arbeiten der Nationalversammlung Sorge. Es ist aber nicht über jeden Zweifel erhaben, ob diese Propagandastelle ihre Tätigkeit tatsächlich in ganz unparteiischer Weise ausübt. Jedenfalls haben auch wir ein Interesse daran, darauf zu achten, daß die Zentrale für Heimatdienst nicht etwa den Interessen des Sozialismus dienstbar gemacht werde.

Eine sozialistische Anfrage weist darauf hin, daß in Bayern die untersten Klassen der privaten Vorschulen mit Beginn des Schuljahres trotz der Aufhebung dieser Schulen durch die Verfassung wieder voll besetzt worden sind und daß in diesen Orten, wie Berlin, München, Nürnberg, die Eltern zu einer Willenserklärung gezwungen werden, wenn sie ihre Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht und kirchlichen Feiern befreit haben wollen, während die Verfassung diese Willenserklärung nur verlange, wenn diese Beteiligung gewünscht wird.

Unterstaatssekretär Schulz führte aus: Zur Aufhebung der privaten Vorschulen muß den Ländern eine kurze Uebergangszeit gewährt werden. Das neue Schuljahr hat in Bayern im September, also wenige Wochen nach Inkrafttreten der Verfassung begonnen. Die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern bleibt der Willenserklärung des Erziehungsberechtigten überlassen. Gegen deren Willen darf das Kind weder zum Religionsunterricht zugelassen, noch von ihm ausgeschlossen werden. Die Form der Willenserklärung hat die Reichsverfassung nicht vorgeschrieben. Nach allgemeinem Grundsatz haben die Landesbehörden diese Bestimmungen auszuführen. Sie können mündliche oder schriftliche Erklärung anordnen oder die Abgabe der Erklärung durch schlüssige Handlungen zulassen. Die Parteien haben bei Vereinbarung des Wortlautes der Verfassung zum Ausdruck bringen wollen, daß der Wille des Erziehungsberechtigten, das Kind sollte am Religionsunterricht teilnehmen, ausdrücklich erklärt werden müsse. Die Reichsregierung wird sich wegen einer dem Sinne der Reichsverfassung entsprechenden Form der Willenserklärung mit den Landesregierungen in Verbindung setzen.

Abg. Mumm (Dt. Vp.) kam später auf diese Erklärung des Unterstaatssekretärs Schulz zurück und fand in ihr einen Widerspruch zu dem Artikel 149 der Verfassung, der ausdrücklich vorschreibt, daß der Religionsunterricht öffentliches Lehrfach der Schule sein soll. Von einer ausdrücklichen Willenserklärung der Erziehungsberechtigten sei darin keine Rede.

Der Minister des Innern Koch erklärte in einer Unterbrechung auf den Einwand des Abg. Mumm, daß im Einklang mit den Landesverfassungen die zweckmäßigste Form einer Umfrage bei den Erziehungsberechtigten über ihren Willen bezüglich des Religionsunterrichts festgestellt werden solle.

Nach Erledigung dieser und einiger anderer Angelegenheiten wandte sich die Nationalversammlung wieder der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern zu. Zuerst mußte das Haus eine Rede der Frau Lieh von den Unabhängigen über sich ergehen lassen. Natürlich ist mit dem Auftreten der Unabhängigen ein Angriff an den Reichswehrminister stets unzertrennlich verbunden. Es kam wieder zu heftigen Wortgefechten zwischen dem Reichswehrminister und Vertretern der Unabhängigen, wobei sich besonders die beiden Fraktionen der Unabhängigen angehörigen Geier, Vater und Sohn, hervortaten.

Die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern wurde im übrigen heute zu Ende geführt und das Haus begann die Besprechung des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Nach den Ausführungen des Berichterstatters spricht von den Parteien zuerst Frau Dr. Lüders (Dem.), die fast nur weibliche Zuhörer im Hause findet. Schon haben Fraktionsitzungen und Kommissionsberatungen begonnen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 17. Oktober.

Am Regierungstisch: Braun.

Nach Beantwortung einer kleinen Anfrage legte das Haus die Beratung des Haushalts der Gutsverwaltung fort. Ein Antrag der Demokraten verlangt die Unterdrückung der Rennwetten, evtl. nur Zulassung staatlich angelegelter Buchmacher auf den Rennplätzen und die Abgabenerhebung von den privaten Rennwetten in derselben Höhe, wie die von den öffentlichen Totalisatorkassen.

Abg. Peters-Dachbunn (Zoz.) fordert einerseits die Hebung der Pferdezucht, andererseits die Abschaffung der Pferderennen. Dem Antrag der Demokraten stimmt er zu.

Abg. Paulen (Zentr.): Den Landwirten kann man Vollblätter zur Beaderung des Landes nicht in die Hand geben. Die Förderung der Kaltblutpferde, die Erzeugung des Arbeitspferdes und des Aderspferdes muß in Zukunft systematisch betrieben werden. Die Mittel hierfür sollte der Totalisator liefern. Im Interesse der Prüfung der Leistungsfähigkeit unserer Pferdezucht ist ein Verzicht auf Pferderennen nicht angebracht.

Abg. Kaunher (U. S. V.): Wir stimmen gegen den Haushalt, um der jetzigen Regierung, die kein Interesse für die berechtigten Wünsche unserer Beamten und Arbeiter hat, unser Mißtrauen auszudrücken.

Minister Braun erklärt sich für Beibehaltung der Pferderennen, um eine zweckmäßige Leistungsprüfung des Pferdmaterials zu ermöglichen.

Nach längeren sachmännischen Erörterungen des Oberlandratsmeisters von Dettmeyer über die Pferdezucht wird der Gutsverwaltung bewilligt und der demokratische Antrag betreffend die Rennwetten angenommen.

Ueber den Haushalt der Domänenverwaltung berichtet Abg. Weiskner (Dt. Vp.): er hebt hervor, daß der Domänenbesitz des Staates durch den Friedenstrag um etwa ein Viertel verringert werde. Norderney sei außerordentlich heruntergekommen und habe hart am Rande des Ruins gestanden.

Abg. Schmidt-Köpenick (Zoz.) bringt Wünsche und Klagen seiner Partei vor.

Abg. Müller-Prüm (Ztr.): Der Etat der Domänenverwaltung schließt erfreulicherweise mit einem Ueberschuß von 25,5 Millionen Mark ab. Zu der so stürmisch verlangten Beschlagung der Domänen erklärt der Redner, daß die Frage der Besiedelungsfähigkeit einer genauen vorherigen Prüfung bedürfe, da sich nicht jede Domäne zur Besiedelung eigne. Aber auch in denjenigen Fällen, in denen die Frage bejaht werden könne, sei weiterhin zu beachten, ob die Erhaltung einer Domäne im Staatsbesitz nicht für Unterrichts- oder Versuchszwecke oder andere Interessen öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Art notwendig erscheine. Die hohen Einnahmen aus den Weindomänen sind sehr erfreulich, weil sie den Minister in den Stand setzen, mit den Ueberschüssen manche Wünsche zu erfüllen. Die enorm hohen Preise für Mineralwässer werden erst an den Verbrauchsstellen geschaffen, da die Preise der Brunnenerhaltungen nicht übermäßig hoch sind. Redner bittet den Minister, zu prüfen, wie die Preise herabzusetzen seien. Dem Vaberte Norderney muß Staatshilfe zuteil werden, die der Minister auch bereits zugesagt hat.

Abg. Dr. Goerd (D. Vp.) bittet die Staatsregierung dringend, bei den Verhandlungen mit den fremden Staaten sich der Interessen der Pächter in besonderer anzunehmen. Die Domäne darf man nicht mehr als Kapitalanlage betrachten, sondern muß sie für Ansiedelungen zur Verfügung stellen. Bezüglich der Wälder empfiehlt er, diese vom Landwirtschaftsministerium zu trennen und sie dem Wirtschaftsministerium zuzuweisen, zumal das Landwirtschaftsministerium keinen erheblichen Wert darauf zu legen scheint. Die Summe von 10 000 Mark für Deichbauten in Schleswig ist viel zu gering.

Abg. Weiskner (Dt. Vp.): Ich bedauere außerordentlich, daß sehr viele Domänenpächtersfamilien vom deutschen Vaterlande infolge Abtretung losgerissen werden und einem unheilbaren Schicksal entgegengehen. Ich richte deshalb an die Staatsregierung die nachdrücklichste Bitte, bei den Verhandlungen mit den Polen unbedingt darauf hinzuwirken, daß die Pachtverträge auch von ihnen erfüllt werden. Der Verlust von Westpreußen und Posen ist im Interesse unserer Volksernährung von schwerwiegender Bedeutung; denn diese Gebiete sind für uns hinsichtlich Brotgetreides, der Kartoffeln und der Futtererträge unerschöpfliche Gesehen. Redner spricht dann weiter noch von Siedelungsfragen und schließt: Der Uebernahme der Verwaltung seitens des Wirtschaftsministeriums stimme ich nicht zu, denn es handelt sich hier lediglich um die Betriebs- und Finanzverwaltung, nicht aber um soziale oder wirtschaftliche Rücksichten.

Minister Braun verspricht Berücksichtigung der gebrachten Wünsche betr. Innehaltung von Tarifverträgen und Sicherstellung der Pächter in den abzutretenden Gebieten. Weitläufig äußerte er sich über die Remontebewertung und die damit zusammenhängenden Fragen und Klagen, stellt schließlich Besserung der Zustände in Norderney in Aussicht.

Abg. Siemen (Dem.): In Nordschleswig muß Rücksicht auf unsere Saluta darauf gesehen werden, daß Zahlung der Pachten in Mark erfolgt. Norderney, das jähge Seebad, welches der preussische Staat besitzt, muß furensfähig gemacht werden auch dem Auslande gegenüber. Im Interesse der kleindörferlichen Bevölkerung erscheint die Verpachtung der Domänen an Landgemeinden durchaus wünschenswert. Die jetzige Pachtzeit von durchschnittlich 18 Jahren für die Domänen sollte auf 12 Jahre herabgesetzt werden und jede Domäne ein oder zwei Jahre vor Ablauf des Pachtvertrages öffentlich ausgeteilt werden.

Abg. Mehrhoff (U. S. V.): Unsere Domänen müssen Musterwirtschaften und Vorbilder für eine sachgemäße Siedlung auf dem Lande sein, ebenso musterhaft die Gestaltung des Wohnungswesens. Die Moorflur fordert die Bewirtschaftung im großen. Bedauerlicherweise habe die Nationalversammlung die Domänen in die erste Reihe für die Aufteilung für Siedlungszwecke gestellt.

Der Domänenhaushalt wird hierauf bewilligt, der Pächterantrag betr. Norderney angenommen, ebenso der Antrag des Haushaltsausschusses. Es folgt der Haushalt der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, welchem ausführliche Anträge und eine lange Liste von Anträgen und förmlicher Anfragen vorliegen. Der Berichterstatter durch den Abg. von der Osten (Zentr. Volksp.) begründet

Abg. Dr. Fasbender (Ztr.) den Antrag auf die Legung der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Er legt dar, daß die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin in größter Gefahr steht, vollständig dem Untergang zu weichen zu sein, da die Professoren keine Einrichtungen stifteten, um auf ihren Gebieten zu forschen und daß gerade jene Gebiete der landwirtschaftlichen Wissenschaft, die die Blüte der deutschen Landwirtschaft vor dem Krieg danken war, am meisten unter diesen Verhältnissen leiden. Es sei klar, daß weder Pflanzen, noch Tierexperimente dem Asphalt der Invalidenstrasse möglich und es sei geradezu haarsträubende Zustände, daß der Professor der vorkulturchemie kein anderes Versuchsfeld besitze, als ein Dachgarten. Auch für die anderen Gebiete, für Pflanzenerziehung, für Maschinenkunde und Kulturtechnik bestanden die Versuchseinrichtungen. Die Professoren haben sich deshalb in Eingaben an das Ministerium gewandt, und in unserer heutigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges in der die Landwirtschaft für die Zukunft des deutschen Volkes eine erhöhte Bedeutung besitzt, von größter Wichtigkeit, daß die Stätten für den wissenschaftlichen Betrieb in der Landwirtschaft trotz der Knappheit unserer öffentlichen Mittel doch die nötige Förderung erfahren. Weiter beantragt er die Gleichstellung der Professoren an den landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den Universitätsprofessoren in Bezug auf Gehalt, Nebenbezüge und Pensionierung, um einmal tüchtige Kräfte für diese Hochschulen heranzuziehen und um ein Abwandern tüchtiger Kräfte aus diesen Hochschulen an die Universitäten zu verhindern. Die Gleichstellung sei deshalb nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch im Interesse der Wissenschaft der Landwirtschaft notwendig.

Marianne.

Novelle von Fritz Geyer.

19

Geprägt sagte er: „Ich wollte es nicht glauben, Marianne. Nun gestehst du deine Verfehlungen lächelnd dem Mundes ein und scheinst nicht zu bedenken, wie mich beides betrübt. Aber ich will dir aus christlicher Barmherzigkeit und Liebe heraus verzeihen, wenn du mir versprichst, das Gotteshaus zu meiden, solange dieser Wahn in ihm ist. Gib mir dies Versprechen, Marianne!“

Sie war bis in das Innerste ihrer Seele empört, daß man ihr einen neuen Zwang antun wollte. Alles bäumte sich in ihr gegen die Vergewaltigung auf, die ihr die reine Freude der letzten Tage zu rauben beabsichtigte. ... Und daneben kam sie sich vor wie ein hilfloses Kind, dem ein böser Bube das liebste Spielzeug zertrümmert, um ihm die Trümmer vor die Füße zu werfen und dann davonzufliehen mit einem höhnischen, häßlichen Lachen. ...

War sie wirklich hilflos? ... Mußte sie ruhig zusehen, wenn Vorurteil und Verdächtigung ihr Bestes beknüppelten und in den Staub zogen? ...

O nein, sie mußte und wollte nicht! Sie war nicht die Skavin spießbürgerlicher Anschauungen und würde sich nie und nimmer dazu verstehen, ein Versprechen zu geben, mit dem sie sich fesselte und fesselte, und das von ihr zu fordern eine schreiende Ungerechtigkeit bedeutete.

„Nein, das kann ich nicht!“ entgegnete sie auf die Forderung des Sekretärs kurz und scharf. Und ihre Worte begleitete ein Blick, der die Weigerung deutlich zum Ausdruck brachte, als die runde Absage. Fast feindselig schaute sie in das erste Gesicht Leberecht Jensens.

Aus dessen Augen schwand die Traurigkeit plötzlich. Der Zorn drängte sich vor und wollte sich als Herrscher aufwerfen.

Noch rang ihn eine mühsam erzwungene Ruhe nieder, aber sie war nicht mehr stark genug, um das Zittern in der Stimme und das nervöse Spiel der Finger an der silbernen Uhrkette zu bannen.

„So wolltest du also diesen verwerflichen Verkehr weiter pflegen, Marianne?“ fragte Leberecht Jensen.

„Verwerflich, Daniel?“ ... „Verwerflich, sagst du?“

„Was berechtigt dich zu diesem Ausdruck?“

Nun kam auch zu ihr der Zorn. Er stand wie eine hellodernde Flamme in ihren Augen und brannte in ihrer Seele. Er trieb das Blut in hastigem Jagen durch die Adern und zeichnete eine helle Rote auf die Stirn.

Wie durfte man es wagen, ihr das zu sagen?

Leberecht Jensen erhob beschwichtigend die Hand und sagte in kühlem, belehrenden Ton:

„Marianne, erreg dich nicht! Bedenke, daß du in einem christlichen Hause bist. Du konntest dich bisher leider nicht zu den in ihm herrschenden Ansichten über den Glauben bekennen. Heute muß ich nun auch noch die Erfahrung machen, daß unsere Anschauungen in Dingen der — Moral auseinandergehen.“

„Onkel!“ schrie Marianne und trat einen Schritt vor. „Willst du damit sagen, daß ich die Moral nicht zur Richtschnur meines Handelns mache?“

Wieder ging die Rechte des Sekretärs beschwichtigend in die Höhe. Aber seine Stimme klang scharf und vernichtend, als er sagte:

„Wenn man in Gotteshäusern Stätten erblickt, um — Liebchaften anzuknüpfen und zu pflegen, tritt man die Moral mit Füßen. Das sage ich dir, ich, Leberecht Jensen.“

Mariannes Gesicht färbte sich glühend rot, sie bedeckte die Augen mit beiden Händen und stöhnte schmerzhaft auf. Wie eine Gebrochene stand sie vor Jensen.

Er glaubte, daß Reue und Scham sie hätten zur Einsicht kommen lassen. Nun fielen Zorn und Härte von ihm ab. Eine weiche, verjöhnliche Regung kam über ihn. Sein Auge ruhte mitleidig auf ihrer zusammengeklumpten Gestalt, und in seiner Seele wurde eine schöne, große Hoffnung lebendig. Er trat dicht vor Marianne, legte seine Hand auf ihre Schulter und sprach in väterlich vernehmendem Ton zu ihr:

„Kind, du siehst also ein, daß du Wege gegangen bist, die zu keinem guten Ende führen? Noch ist Zeit zur Umkehr und Buße. Ergreife vertrauensvoll die rettende Hand und laß dich hinaufziehen zu deinem Erbarmen!“

Die Wirkung, die seine Worte hervorriefen, hatte er nicht erwartet.

Marianne richtete sich mit einem jähen Ruck auf. Ihre Hände gaben das Gesicht frei, und die Arme sanken am Körper herab. In ihren Augen glühte ein funkelnder Zorn und ein heißer, leidenschaftlicher, wilder Trost. Beides gab ihrer Stimme einen zitternden Klang.

„Ich brauche kein Erbarmen und keine rettende Hand, habe auch Reue und Buße nicht nötig; denn meine Seele ist unbesiegt, reiner und keuscher, als eure Gebote, die sich mit ihnen beschäftigen! Ihr seht alles, was ich tue, im Schmutz einer geilen Sünde und befehlt mir mein Reinstes und Bestes. O, wohl führt mich eine Liebe in euer Gotteshaus! Eine tiefe, wahre Liebe! Aber sie gilt nicht dem Manne, der dort schafft, sondern seiner heiligen, großen Kunst. Und wäre es eine andere Liebe, die mich treibt, so würde auch sie nicht die Wege der Welt zu scheuen brauchen, und kein Tugendswahn müßte schamhaft erröten. Ich wäre ein ganz erbärmlicher Mensch, wenn ich nicht soviel sittliche Kraft besäße, mich selbst zu hüten!“ ... Sie schlug wieder die Hände vor das Gesicht und stöhnte:

„O, wie durfte man es wagen, meinem reinen, einen schmutzigen Mantel umzuhängen und sein Antlitz mit dem Rot eines gemeinen Verdrachtes zu verwerfen!“ ...

Sie ging wandelnd bis zu dem Stuhl am Fenster und sank schluchzend auf ihn nieder. Das Gefühl der grenzenlosen Verlassenheit kam über sie, und das Schicksal eines Menschen, der sie verstand. Und das dachte sie an Hans Koerber und murmelte seinen Namen heißer, verlangender Leidenschaftlichkeit.

Leberecht Jensen verstand sie nicht. Er wandte wortlos ab und ging. Seine Stirn war gefurcht, und im Ausdruck in seinen Augen redete von einem tiefen Zorn, der aus einer verletzten, tief empörten Seele in der er fraß wie ein Feuer. ...

Nein, er konnte so wortlos, so fast wie einer, sein Unrecht einsieht, nicht hinaus.

Als er die Hand schon nach der Türklinke ausstreckte, fuhr er mit einer leidenschaftlichen Bewegung herum und sagte drohend:

„Und wenn du deinem Tun auch noch mehr, noch Mäntelchen umhängen würdest, um dich zu rechtfertigen, so wirst du damit bei mir nichts erreichen. Ich werde dir den ferneren Besuch in St. Gertrauden. ... gehört? Ich verbiete es dir!“ ...

Der Klang seiner letzten Worte verschwamm mit dem Kreischen der Tür, die er öffnete und im nächsten Augenblick hart und scharf hinter sich zuschlug.

1901 Sunhejz

Vermischte Nachrichten.

Der Streit um die Kaiserbilder. tobt lustig weiter. Daß die deutsche Jugend dabei auch über schlagfertigen Witz verfügt, zeigt ein Vorfall in Offenbach a. M. Dort wurden aus den einzelnen Schulräumen des Gymnasiums die Kaiserbilder entfernt. Die Schüler der Oberklassen klebten als Ersatz darauf an die leeren Wandstellen das bekannte Bild aus der Berliner Illustr. Zeitung, das Ebert und Noske in der Badische darstellt. Diese Bilder wurden von dem Schulleiter auf höheren Befehl wieder entfernt. Prompt prangten am nächsten Tage wieder Kaiserbilder an der Wand. Als diese wieder einem Befehl von oben weichen mußten, traten die Schüler in den Streik.

Die Kommunalwahlen in den Landgemeinden.

In Sachsa war von einer Wahlmüdigkeit bei der Wahl zur Gemeindevertretung nichts zu spüren, da über 75 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahlurne erschienen. Es wurden 208 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf den Wahlvorschlag der vereinigten Bürgergruppe (Soz.) 152, auf den bürgerl. Wahlvorschlag 146 Stimmen. Von dem ersten Wahlvorschlag kamen die Herren Weissbrod, Wasserbaudorarbeiter, Fries, Formier, Hermann, Gärtner, Keul, Holzschneidemaschinenbesitzer, Naternann, Bäckermeister und Schuhmann, Gärtner, von den zweiten Wahlvorschlag die Herren Kretzel, Elektriker, Kahl, Lehrer, Franke, Prokurist, Krämer, Formier, Martin, Proturist, und Küllering 2., Postbote in die Gemeindevertretung.

In Ageneßbogen wurden gewählt: Viehl, Heinrich, Landwirt, Müller, August, Bäcker und Wirt, Alberti, Wilhelm, Hauslehrer, Wagner, Wilhelm, Bergmann, Sipp, Johann, Steinhauser, Viehl, Ludwig, Landwirt, Viehl, Georg, Installateur, Bornwasser, Georg, Landwirt, Nocher, Wilhelm, Bergmann, Herold, Wilhelm, Landwirt, Zimmer, Wilhelm, Flincher, Wolff, Otto, Dr. Arzt.

In Baldinslein wurden gewählt: 7 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und 5 Mitglieder der Bürgerlichen Partei.

In Gramberg wurden gewählt: Jakob Klein, Schlosser, Friedrich Klein, Landwirt, Heinrich Wäger, Sägemeister, Heinrich Petri, Landwirt, Karl Böckel, Tagelöhner, Philipp Koch, Landwirt, Karl Meßert, Landwirt, Heinrich Steub, Lehrer, Ernst Jak. Meßert, Eisenbahner, Heinrich Bornwasser, Schreiner, Wilhelm Schneider, Landwirt, Wilhelm Friedrich Gerheim, Landwirt. Es lag nur ein Wahlvorschlag vor.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!! **Nördorf, 18. Okt.** Der Gemeindebauernschaft sind bisher 133 Mitglieder beigetreten. Als Vorsitzender wurde Landwirt Karl Wolf, als Stellvertreter Lehrer Kasper, als Beisitzer die Landwirte Heinrich Gemmer, Peter Walltrabenstein 2. und Philipp Schneider gewählt.

!! **Holzappel, 18. Okt.** Die Gemeinde hat die in der Gemarungsgemeinde gelegenen Ländereien der Rentei Schamburg gepachtet und wieder in Parzellen an die Einwohner verteilt.

!! **Weserburg, 18. Okt.** Auf dem Bahnübergang zwischen Weserburg und Langenbahn wurde ein Schultnabe mit seinem Gehörn von einem Zuge überfahren. Der Anabe erlitt außer anderen Verletzungen schwere Knochenbrüche, die Pferde wurden getötet.

!! **Frankfurt a. M., 18. Okt.** Vom Ministerium des Innern in Berlin, ist die Stadt zur Vereinhaltung von militärischen Gebäuden aufgefordert worden, damit hier Militärpolizei einquartiert werden kann. Es ist anzunehmen, so erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß die sozialdemokratischen Parteien und der Arbeiter sich mit der Frage beschäftigen und das Militär ablehnen werden.

!! **Aus dem Taunus.** Der Gesamttaunusklub plant zur weiteren Erschließung des Gebirges und neuer, wenig bekannter Aussichtspunkte, die Anlage von etwa 10 neuen Wegen, die den Taunus in seiner ganzen Ausdehnung von Norden nach Süden und Osten nach Westen durchqueren soll. Die Gesamtlänge der neu geplanten Wege beträgt etwa 1300 Kilometer. Der Ehrenvorsitzende des Frankfurter Taunusklub Peter Mittel ist nach langem schweren Keden gestorben. Mit ihm scheidet eine der bekanntesten Persönlichkeiten des Taunus aus dem Leben, die sich um die Erschließung des Taunus als Wandergebiet bleibende Verdienste erworben hat.

Aus dem Unterlahnkreis.

!! **Die Kreisbauernschaft** für den Unterlahnkreis soll, wie wir hören, am 2. November in Oberhof gegründet werden, wenn die französische Verwaltungsbehörde die Versammlung genehmigt. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

Die Broterzeugung des Unterlahnkreises.

Einer Bekanntmachung des Kreisausschusses, die mit dem heutigen Montag in Kraft tritt, die wir aber wegen technischer Schwierigkeiten in ihrem vollen Wortlaut erst morgen, Dienstag, im Amtl. Kreisblatt veröffentlichen können, entnehmen wir folgende Bestimmungen:

Weizen ist mindestens bis zu 80, Roggen mindestens bis zu 82 und Gerste mindestens bis zu 75 vom Hurdert auszumahlen. Zur Herstellung von Schrot ist Weizen und Roggen bis zu 94 Prozent auszumahlen.

Bei der Bereitung von Roggenbrot ist eine Mehlmischung zu verwenden, die aus 30 Teilen Weizenmehl und 70 Teilen Roggenmehl besteht.

Zur Bereitung des Roggenbrotes stehen 1456 Gramm Mehl zur Verfügung, welche Menge ausreicht, um ein Brot von 2000 Gramm herzustellen.

Die Einheitsgewichte bleiben, nur das Weizenbrot (Orabambrot) ist statt 1800 Gramm 2000 Gramm schwer herzustellen.

Roggenbrot darf erst am zweiten Tage, den Tag der Herstellung mitgerechnet, verkauft werden.

Aus Diez und Umgegend.

!! **Patentverle.** Wert und Einschreibepakete, ausgenommen solche mit Geld, Juwelen und Wertpapieren nach Berlin (ohne Vororte) werden von den Postämtern vom 10. bis einschl. 25. Oktober nicht angenommen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

!! **Achtung Gabelbergeraner!** Von jetzt an Montags und Donnerstags, abends von 8 Uhr ab Übungsstunde im Hotel Wiener Hof.

!! **Silberne Hochzeit** feiern morgen Peter Weis und Frau, Friedrichstraße.

!! **Der Christliche Metallarbeiterverband** hielt am Sonntag im Gasthof „Zur Krone“ eine Hauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Es wurden zunächst Gewerkschaftsangelegenheiten erledigt. Dann hielt Sekretär Fischer einen Vor-

trag, in dem er das Schieber- und Wucherwesen treffend kennzeichnete und mit aller Schärfe betonte, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, die Folgen, die aus der Behinderung des Volksgutes, auf sich zu nehmen, daß sie, insbesondere jede Veranlassung ablehnen, wenn sie durch das Steigen der Preise zu neuen Lohnforderungen gezwungen werden. Er wählte sich auch der Lebensmittelversorgung in Ems zu und teilte dabei mit, daß es der Nachbarstadt Nassau gelungen ist, ihre Einwohner mit Kartoffeln voll einzudecken. Der Redner forderte unter allgemeinem Beifall, daß die Stadtverwaltung von Ems alles daran setzen muß, daß jede Familie ihren Kartoffelvorrat in den Keller bekommt, denn im Privatbushalt werden die Kartoffeln pfleglicher behandelt als in den öffentlichen Kellern. Die Ausführungen wurden in folgender, einstimmig angenommener Resolution zusammengefaßt: Die gut besuchte Generalversammlung des Christl. Metallarbeiterverbandes erhebt entschiedenen Protest, gegen die bisherigen Zustände, wie sie sich in der Versorgung der Bevölkerung herausgebildet haben. Die Versammlung drückt ihre Mißbilligung darüber aus, daß sich das Wucher- und Schieberum so ungehindert entfalten und zur Ausbeutung des Volkes wesentlich mit beiträgt. Die Versammlung weist mit eindringlichem Ernst auf die furchtbare Folgewirkung eines solchen Gebahrens hin, sie verlangt mit aller Entschiedenheit, daß unsere zuständige Behörde in aller Kürze Abhilfe schaffen muß. Sollte in kürzester Zeit keine Abhilfe geschaffen werden, so lehnt die Versammlung alle Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ab. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Ernst Brand, Philipp Klaus, Andreas Rehgen, gewählt, die diese Resolution dem Emser Magistrat und dem Landratsamte Diez vorlegen und dabei die Forderungen der Verbaucher vertreten soll.

!! **Die sozialdemokratische Partei** Bad Ems hielt am Sonntag nachmittag im „Königlichen Hof“ eine Mitgliederversammlung ab, über die sie uns folgenden Bericht sendet. Herr Müller eröffnete die Versammlung und legte in kurzen Worten den Arbeitsplan der Partei dar. Hierauf ergriff Herr Kaffine das Wort zu einer längeren Aussprache über die kommenden Gemeindevahlen. Er ermahnte die Arbeiter, Beamten und kleinen Geschäftsleute, fest zusammenzustehen, um die einmal errungenen Rechte und errungene Freiheit zu erhalten und zu sichern. Keine Zersplitterung dürfe unter den „kleinen Leuten“ eintreten; jeder müsse sich, getreu dem Grundsatz: Einigkeit macht stark! unter dem Banner „Gleiches Recht für Alle“ vereinigen. Er rate jedem Wankelmütigen, sich nicht durch ein „Honigbrot“ von seiner linksstehenden Gesinnung abbringen zu lassen, denn wehe, wenn die rechtsstehenden Parteien wieder zur Herrschaft gelangen. Der Druck, die Knechtung von Seiten der Begüterten sei dann schärfer denn je. Das Motto: Ich bin der Herr — du der Knecht würde deutlicher denn je zur Geltung kommen. — Das kommende Stadtparlament dürfe nicht mehr den Charakter einer egoistischen Politik Begüterter tragen, deren Entschlüsse nur auf das Wohl des Geldsackes zugeschnitten sind, sondern das Parlament müsse das Forum der gesamten Bevölkerung von Ems werden, das Entschlüsse „zum Wohle aller“ zur Reife bringe. — Mit der dringenden Mahnung zur Besonnenheit und Ruhe schloß Herr Kaffine seine eindrucksvolle Rede. — Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden noch wirtschaftliche Fragen und Beschlüsse zur wirksamen Bekämpfung des Schieberturns gefaßt. Herr Kaffine rief, sich der Resolution der Kriegsbekämpften anzuschließen, was auch einstimmig angenommen wurde. Hierauf wurde die Kandidatenliste bekannt gegeben. Die einzelnen Kandidaten stellten sich mit kurzen Worten, die lebhaften Beifall hervorriefen, der Versammlung vor. Eine in Umlauf gefasste Sammelliste zur Stärkung des Wahlfonds ergab den stattdischen Betrag von rund 130 Mark. Herr Vinscheid dankte den Anwesenden für ihre Opferfreudigkeit, die es der Partei, die ja keine Kapitalisten ihr eigen nennt, ermöglicht, die Propagandaarbeit in erhöhtem Maßstab zu betreiben. — Am 7 Uhr schloß Herr Müller die Versammlung mit dem dringenden Mahnruf zur Einigkeit und Geschlossenheit.

Aus Nassau und Umgegend.

!! **Die endgültige Kandidatenliste** wurde in folgender Form unter Berücksichtigung der Parteiverhältnisse aufgestellt: 1. Christian Schulz, Metzgermeister, 2. Ludwig Busch, Handelsmann, 3. Karl Beholdt, Tapezierer, 4. Eugen Anthes, prakt. Arzt, 5. Josef Urzell, Eisenbahn-Oberassistent, 6. Karl Adami, Postsekretär, 7. Karl Busch, 4. Fabrikarbeiter, 8. Karl Medenbach, Landesbankrentant, 9. Wilhelm Müller, Forstmeister, 10. Heinrich Klatus, Fabrikarbeiter, 11. Franz Hofmann, Arbeiter, 12. Chr. Meusch, Postschaffner und Landwirt, als Ersatzleute: 13. Wilhelm Heister, Bauhilfer, 14. Christian Pape, Schlosser, 15. Albert Dwer, Hüttendirektor, 16. Wilhelm Wild, Schneidermeister, 17. Peter Müller, Maurer, 18. Otto Emrich, Lehrer, 19. Gustav Steinträger, Installateur, 20. Albert Rosenthal, Kaufmann, 21. Wilhelm Scheuern, Schmiedemeister, 22. Julius Israel, Kaufmann, 23. Jakob Müller, Lehrer, 24. Arthur Müller, Buchdrucker. In einer Eingabe an den Wahlvorstand wurde darum ersucht, daß beim Ausstellen eines Stadtverordnetenstets nur ein Angehöriger derselben Partei nachrücken darf, damit die parteipolitische Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung stets gleich bleibt.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 50, 60 und 80 der Reichsgeldscheideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919, Reichsgesetzblatt 115, werden mit Wirkung vom Montag, den 20. Oktober 1919 ab für den Unterlahnkreis für Brot und Mehl folgende Höchstpreise festgesetzt:

1. für Roggenbrot, am 1. Tage gewogen, 4 Pfund schwer, 1,55 Mark;
2. für Roggenbrot, am 1. Tage gewogen, 2 Pfund schwer, 0,80 Mark;
3. für Weizenbrot, am 1. Tage gewogen, 2000 Gr. schwer, 1,50 Mark;
4. für Weizenbrot für Kranke, am 1. Tage gewogen, 1400 Gramm schwer, 1,25 Mark;
5. für Brötchen, frisch 70 Gramm, 8 Pfg.;
6. für Roggenmehl, das Pfund 45 Pfg.;
7. für Weizenmehl, das Pfund 50 Pfg.;
8. für Weizenauzugsmehl, das Pfund 58 Pfg.;

Wer die Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Diez, den 18. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Hatras, Major.

Nach Verlesung eines Schreibens des Ministers Haenisch, nach er sich entschuldigt für sein Fehlen, wird die nächste Sitzung auf Dienstag festgesetzt.

Die besetzten Gebiete.

Gegen die Grenzschieberien. Die rheinischen Besatzungen in der Nationalversammlung Bergmann, Joos, Weber, Schenk, Frau Biez, und Raden haben in der Nationalversammlung folgende Anträge eingebracht: Im linksrheinischen Gebiet, insbesondere am Niederrhein, werden seit Wochen große Mengen Brotgetreide angeliefert, vorwiegend nach England ausgeführt und dann wieder zu hohen Preisen nach Deutschland eingeführt. Desgleichen wird Inlandsmehl in großem Umfange ausbezogen, das man der öffentlichen Versorgung ohne Zweifel entzogen hat. Während der Bevölkerung in vielen Wochen keinerlei inländisches Fleisch mehr geliefert ist, so schwarz geschlachtetes Fleisch allenthalben käuflich. Auch diese Anzeichen scheinen hervorzugehen, daß die gesetzlichen Bestimmungen der öffentlichen Versorgung nicht mehr befolgt werden, und ein Zustand der Auflösung eintritt, der die Lebensmittellieferung aufs schwerste gefährdet. Wir fordern die Reichsregierung, ob ihr diese Tatsachen bekannt sind, welche Vorkehrungen sie getroffen hat, um katastrophalen Zuständen vorzubeugen.

Die Kommunalwahlen im Kreis Kreuz werden von dem französischen Militärverwalter in der Weise erleichtert. So hat er mit Rücksicht auf die Lage der noch zur Verfügung stehenden Zeit gestattet, daß Versammlungen zur Vorbereitung der Stadtverordneten-Gemeinderatswahlen nicht mehr 6 Tage vorher angeordnet zu werden brauchen, sondern daß es genügt, wenn der Zeitpunkt und der Ort der Versammlung unter Angabe der betreffenden Partei einige Stunden vorher telephonisch dem Landratsamt mitgeteilt wird, das hiervon den Herrn Militärverwalter schriftlich in Kenntnis zu setzen hat.

Der neue Administrator superieur des Distrikts Wiesbaden, Oberst Pineau, ist auf einen anderen Posten beordert worden. In der Abschiedsfeier, die aus diesem Anlaß in Wiesbaden stattfand, wurde auch gleichmäßig sein Nachfolger, Oberst Jacquard, eingeführt.

Frankreich.

Gegen die Sozialdemokratie. Der sogenannte nationalistische Block, ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, hat eine bedeutende Kampagna in dem Lande zu den Wahlen begonnen. Dieser Block steht unter Führung von Millerand, dem Kommissar von Lothringen.

Amerika.

Der Streik der Hafenarbeiter ist mißlungen. Verschiedene Gruppen haben die Bedingungen angenommen und sich mit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Prozent begnügt.

Warnung vor Auswanderung nach den Vereinigten Staaten.

Aus New York wird geschrieben: In vielen deutschen Häfen wird nach den amerikanischen Arbeitsverhältnissen, denen usw. gefragt, woraus ersichtlich ist, daß zahlreiche Wünsche an Auswanderung denken. Vor einer Auswanderung nach den Vereinigten Staaten kann augenblicklich nicht hingend genug gewarnt werden. Die Löhne des amerikanischen Arbeiters, durchschnittlich vier Dollar den Tag, sind besonders bei der jetzigen deutschen Saluta verlockend. Sie reichen jedoch kaum aus, um in den Vereinigten Staaten den kargen Lebensunterhalt einer kleinen Familie zu bestreiten. Die Lebensmittel sind riesig im Preise gestiegen. Mietwohnungen schlagen aus der Wohnungsnot heraus: fast ein Viertel des Lohnes muß für Miete ausgegeben werden. Das Arbeitsangebot ist sehr groß. In New York ist kaum die Hälfte der heimgekehrten Soldaten in Stellen untergebracht. Die starken Gewerkschaften bekämpfen jede billige ausländische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und verlangen eine scharfe Beschränkung der Auswanderung. Arbeiterführer, Krankenkassen, Hindernisse sind hier unbekannt. Die Arbeitskraft eines Mannes wird gekauft, solange sie tüchtig und nötig ist; der Arbeiter liegt auf der Straße, sobald er überflüssig wird. Das ganze Land erlebt eine Periode industrieller Unrast. Die Zahl der großen Streiks geht in die Tausende. Für den kaufmännischen Angestellten, den Handlungsgeschäften, Büroangestellten usw. sind die Verhältnisse noch schlechter. Ihr Gehalt ist geringer als der Lohn des Arbeiters. Dazu kommt noch, daß der Deutsche in den Vereinigten Staaten auf keine hinaus den Haß und die Verhöhnung des Arzuges empfinden wird.

Industrie, Handel und Gewerbe.

!! **Wilhelm von Siemens** f. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens und Halske, A.-G., Geh. Regier. Rat Dr. ing. und Dr. phil. h. e. Wilhelm v. Siemens, in Aroja (Schweiz) plötzlich gestorben. Wilhelm von Siemens war am 30. Juli 1855 in Berlin geboren als zweiter Sohn des Begründers der Firma Siemens u. Halske, des im Jahre 1892 in Charlottenburg gestorbenen Werner von Siemens. Mit und in dem Werk seines Vaters wuchs er auf, bis er am 1. Januar 1890 zugleich mit seinem älteren Bruder Arnold, der Mitglied des Herrenhauses ist, als Teilhaber in die Firma eintrat. Als nur zwei Jahre später der Vater Siemens starb, ließ Wilhelm v. S. es sich angelegen sein, dessen Werk weiter auszubauen. Schon der Vater S. hinterließ es als ein Unternehmen, das in allen Teilen der Welt festen Fuß gefaßt hatte. Immerhin war im Umfang im Vergleich zu heute bescheiden zu nennen. Die Erben verwandelten es im Jahre 1897 zu einer Aktiengesellschaft mit 35 Millionen Mark Kapital um. Als der Krieg ausbrach, belief sich das Kapital des gesamten Siemens-Schuckert-Konzerns auf 350 Millionen Mark. Nicht weniger als 84 000 Arbeiter und Angestellte fanden dort ihr Brot. Einer der größten Erfolge W. v. S. war, daß es ihm gelang, die Verbindung mit der Firma Schuckert in Nürnberg durchzusetzen. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der vereinigten Unternehmen hat er weiter für ihr glänzendes Wachstum gesorgt. Nach der technischen Seite hin erstreckte sich die Wirksamkeit W. v. Siemens in erster Linie auf den weiteren Ausbau und die Entwicklung der elektrischen Kräfte. Aber auch auf dem Gebiet des Schwachstroms ist er unermüdlich gewesen. Der im Reichspostbetriebe angewandte Siemenssche Schnelltelegraph und die erste brauchbare Metallfadenlampe (die Tantallampe) ist ihm zu verdanken.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Lebensmittelverteilung.

Margarine, 125 Gramm auf Nr. 1 der Zettkarte in den bekannten Geschäften.

Verbrauchsmittel-Amt.

Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.

Veröffentlichung der Wahlvorschläge.

Für die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung bildet die hiesige Stadt einen Wahlbezirk. Für diesen Wahlbezirk werden nachstehende Wahlvorschläge — nach dem an erster Stelle genannten Bewerber bezeichnet — in folgender Form zugelassen.

(Die Reihenfolge der Wahlvorschläge wird nach der alphabetischen Reihenfolge des ersten Namens der einzelnen Vorschläge bestimmt.)

1. Wahlvorschlag Bleichrodt.

1. Hermann Bleichrodt, Schreinermeister, Koblenzstr.
2. Albert Ludwig, Hotelbesitzer, Lahnstr.
3. Dr. Wilhelm Meuser, Arzt, Lahnstr.
4. Joh. Heinrich Hermann, Landwirt, Silberaustr.
5. Johann Barth, Gärtner, Grabenstr.
6. Otto Imhoff, Kaufmann, Bleichstr.
7. Karl Schuhmacher, Schreinermeister, Bleichstr.
8. Wilhelm Schandua, Kaufmann, Lahnstr.
9. Karl Hertz, Schneidermeister, Römerstr.
10. Rudolf Weds, Landeshauptmann, Römerstr.
11. Eduard Wilhelm, Installateur, Koblenzstr.
12. Eugen Goldschmidt, Hotelbesitzer, Lahnstr.
13. Gustav Delschläger, Malermeister, Oranienweg.
14. Hermann Weber, Konditor, Bahnhofstr.
15. Heinrich Weyer, Kfz-Mechaniker, Mühlgrasse.
16. Wilhelm Krti, Sägemühlbesitzer, Oranienweg.
17. Konrad Albert, Kaufmann, Braubacherstr.
18. Adolf Deiring, Sattlermeister, Koblenzstr.
19. Adolf Vog, Techniker, Koblenzstr.

2. Wahlvorschlag Hantel.

1. Hantel, Albert, Marktweider, Ernstborunstr.
2. Fischer, Karl, Groß, Direktor, Römerstr.
3. Werner, Franz Anton, Plastermeister, Marktstr.
4. Linke, Albert, Studienassessor, Wilhelmallee.
5. Vog, Karl, Wagenbauer, Marktstr.
6. Hesse, Julius, Architekt, Lahnstr.
7. Mayrner, Wilhelm, Brunnenarbeiter, Friedrichstr.
8. Werner, Peter, Gastwirt, Bahnhofstr.
9. Schmidt, Heinrich, Lehrer, Krenbergerstr.
10. Stroh, Wilhelm, Stadtrechner, Koblenzstr.
11. Kaufmann, Paula, Zimmervermieterin, Mainzerstr.
12. Edelhäuser, Heinrich, Eisenbahngelasse, Marktstr.
13. Schupp, Philipp Jakob, Landwirt, Kronhof.
14. Rint, Philipp, Malermeister, Lahnstraße.
15. Mayrner, Heinrich, Malermeister, Schulstr.
16. Gröfel, Christian, Kaufmann, Marktstr.
17. Dörflich, Philipp, Maurer, Marktstr.
18. Wagner, Hermann, Rechnungsrat, Römerstr.
19. Fodt, Theodor, Schneidermeister, Lahnstr.
20. Stum, Peter Josef, Kaufmann, Silberaustr.
21. Groß, Albert, Techniker, Marktstr.
22. Meyer, Walter, Ingenieur, Bitt-Allee.
23. Salomon, Alexander, Metzgermeister, Koblenzstr.
24. Stuber, Karl, Feilenhauer, Bleichstr.
25. Schmidt, Philipp, Bäckermeister, Bachstraße.

3. Wahlvorschlag Friedrich Müller.

1. Friedrich Müller, Jubalide, Silberaustr.
2. Georg Ott, Schreiner, Remmenauweg.
3. Wilhelm Eduard Schmidt, Bürovorsteher, Hohe Mauer.
4. Karl Kaffine, Postgehilfe, Römerstr.
5. Karl Kaffine, Kaufmann, Bleichstr.
6. Ernst Krti, Landwirt, Bachstraße.
7. Anton Allan, Bergmann, Fahrenberg.
8. Albert Kollmer, Kaufmann, Römerstr.
9. Christian Schneider, Steinrunder, Schulstr.
10. Hermann Frihe, Werkarbeiter, Krenbergerstr.
11. Christian Franz, Schuhmacher, Eintrachtgasse.
12. Karl Maurer, Fuhrmann, Koblenzstr.
13. Karl Glasmann, Geiger, Schulstr.
14. Mathias Müller, Händler, Lahnstr.
15. Christian Bad, Bäcker, Koblenzstr.
16. Wilhelm Struth, Arbeiter, Friedrichstr.

4. Wahlvorschlag Georg Müller.

1. Georg Müller, Schreinermeister, Römerstr.
2. Franz Schmitt Jr., Landwirt, Römerstr.
3. Karl Reuter, Geh. San.-Rat Dr., Römerstr.
4. Konrad Deller, Hotelier, Römerstr.
5. Wilhelm Pieber, Steiger, Lindenbach.
6. Rudolf Eisfeller, Kaufmann, Koblenzstr.
7. Elsa Döhr, Ehefrau, Römerstr.
8. August Wessler, Buchhändler, Lahnstr.
9. Albert Schupp, Landwirt, Kronhof.
10. Rudolf Wichtich, Gärtnermeister, Schulstr.

5. Wahlvorschlag Dr. Stemmer.

1. Ferdinand Stemmer, Arzt, Mainzerstr.
2. Philipp Klaus, Maschinist, Römerstr.
3. Josef Sehr, Oberstadtschreiber, Wilhelmallee.
4. Peter Walzender, Rektor, Schulstr.
5. Heinrich Sanner, Gärtnermeister, Koblenzstr.
6. Fraulein Magdalene Böh, Privatlehrerin, Koblenzstr.
7. Gottfried Die, Landwirt, Marktstr.
8. Georg Schuster, Werkarbeiter, Friedrichstr.
9. Johann Stahlfeld, Postbote, Lindenbach.
10. Wilhelm Pfaff, Tapezierer, Kirchgasse.
11. Josef Bodwinkel, Schuhmachermeister, Lahnstr.
12. Adam Pappas, Verticamer.
13. Alexander Marschang, Gastwirt, Koblenzstr.
14. Anton Scharf, Weichensteller, Römerstr.
15. Wilhelm Reagen L., Werkarbeiter, Lindenbach.
16. Frau Johannes Hermann, Römerstr.
17. Adolf Olschewski, Oberbahnassistent a. D. Lahnstr.
18. Jakob Schost, Konsumbureau, Koblenzstr.
19. Anton Willaroth, Maschinenmeister, Wilhelmallee.
20. Jakob Arnt, Schneidermeister, Grabenstr.
21. Frau Julius Klein, Mühlgrasse.
22. Anton Donweiler, Brunnenarbeiter, Braubacherstr.
23. Peter Donnermuth, Werkarbeiter, Lindenbach.
24. Andreas Sahl, Sattlermeister, Römerstr.

Zur Erläuterung der rechtlichen Bedeutung der Wahlvorschläge wird folgendes bemerkt:

Der Wähler ist in der Auswahl der Bewerber beschränkt. Er darf nur Namen aus einem einzigen der vorstehend veröffentlichten Wahlvorschläge entnehmen, muß sich also, wenn er sein Wahlrecht gültig ausüben will, zu einem dieser Wahlvorschläge bekennen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Hinzunahme von „Wilden“ d. h. von Personen, die auf keinem der öffentlich bekannt gegebenen Vorschläge benannt sind, ist dagegen unschädlich aber auch unwirksam. Sind auf einem Stimmzettel nur Wilde benannt, so ist er ungültig.

Innerhalb des Wahlvorschlags, für den sich der Wähler entscheidet, kann er jede beliebige Aenderung vornehmen, insbesondere also die Reihenfolge ändern, einzelne Namen streichen oder wiederholen. Alle diese Aenderungen berühren nicht die Gültigkeit des Wahlzettels, sind aber ohne Einfluß auf das Wahlergebnis, da die gültigen Stimmzettel ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennung der einzelnen Wahlvorschläge zugerechnet werden und jeder Stimmzettel, der einem bestimmten Wahlvorschlag zugerechnet werden kann, so bewertet wird, als ob er mit dem Wahlvorschlag völlig übereinstimme.

Eine Verbindung von Wahlvorschlägen liegt nicht vor.

Bad Ems, den 20. Oktober 1919.

Der Wahlvorstand.

Pflanzt Obstbäume!

Die Besitzer von Grundstücken werden auf die Wichtigkeit der Anpflanzung von Obstbäumen, besonders auch von Nußbäumen aufmerksam gemacht. Infolge Durchführung der Konsolidation sind breite Feldwege angelegt worden; die anstehenden Grundstücke sind besonders zur Anpflanzung von Bäumen geeignet. Gerade in der jetzigen Zeit zeigt es sich, wie wichtig es ist, daß wir viel Obst im eigenen Lande ziehen. Es muß aber noch mehr Obst gezogen werden.

Bemerkt wird noch, daß für die Bepflanzung größerer Grundstücke mit Obstbäumen auch Anerkennungen in Form von Geldbeträgen gegeben werden.

Bad Ems, den 2. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Todes-† Anzeige.

Es hat dem lieben Gott gefallen, heute nachmittag 6 Uhr unsere innigst geliebte Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Schröder

Mitglied des 3. Ordens des hl. Franziskus und der Josephs-Bruderschaft,

nach längerer, schmerzlicher Krankheit, öfters gestärkt mit den hl. Sakramenten der kath. Kirche, in die Ewigkeit abzurufen.

Bad Ems, den 18. Oktober 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 2 Uhr von der alten kath. Kirche aus statt. Das Seelenamt ist Dienstag früh 6^{3/4} Uhr in der Pfarrkirche.

Katharina Schaff

Johannes Pehl

VERLOBTE

Berta Schaff

Josef Korneli

VERLOBTE

Bad Ems

Metternich

Oktober 1919.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlichst

Alex Marschang u. Frau

Elisabeth geb. Orttemper.

BAD EMS, den 20. Oktober 1919.

Freiwillige Versteigerung von Möbel

Donnerstag, den 23. Oktober 1919, nachm. 1 Uhr im „Gasthaus zur Sporkenburg“ in Bad Ems, Marktstr. 68

Es kommen zum Verkauf:

Betten, Schränke, Kommoden, Tische, Waschwanne usw.

Buchenscheit!

sowie alle andern Sorten Brennholz, auch solche von frischer Fällung, dauernd zu kaufen gesucht. Raufe Waldungen zum Selbsttrieb, auch mit Grund und Boden.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Wittelsbachallee 4,
Telefon Danks 588.

Kurtheater Bad Ems (im Kurhausgebäude)

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr

Großer Künstler-Abend

veranstaltet von französischen Künstlern.

PROGRAMM:

1. Ouverture zu Atalie von Mendelssohn-Bartholdy
Orchester
2. Eine Auswahl Gesänge aus Cavalleria rusticana, Sungen von namhaften Sänger und Sängerinnen
Paris und Brüssel
3. Ouverture z. Op. Wilhelm Tell von Rossini
Orchester

Zum Schluß:

Jeannettens Hochzeit

Komische Oper von Massé.

Preise der Plätze: Rangloge M. 12.—, Balkon M. 8.—, Saalsitze: 1.—4. Reihe 10 M., 5.—8. Reihe M. 8.—, 9.—14. Reihe M. 6.—, 15.—20. Reihe M. 4.—

Vorverkauf in der A. Pfeffer'schen Buchhandlung sowie im Geschäftszimmer des Hausverwalters Bailly im Kurhaus
Telefon 103.

Raupenleim, Baumwachs, Baum-Carbolineum

empfehl

Wilhelm Linkenbach, Bad Ems.

Aepfel und Birnen

kauft jedes Quantum

Theodor Bleitgen, Diez a. L.

Diezer Oelmühle

Eröffnung

am 24. Oktober 1919.

Grosses leistungsfähiges Werk.

— Tauschen Delen aller Art sofort gegen Del um. —

Krämer & Co., Diez,

Wilhelmstr. 44.

(Früher kleine Diez'sche Mühle.)

Meldezettel

zur täglichen Meldung der übernachtenden Fremden samt Beschriftung der franz. Militär-Verwaltung ist zu beziehen durch die

Druckerei H. Chr. Sommer,

Diez — Bad Ems.

Toilettenseife

zum Preise von M. 37.—, M. 39.—, M. 57.—, M. 58.50 und M. 60.— pro Duzend

versenden gegen Nachnahme

Weingarten & Zimmermann

Köln, Equinoir. 3.

Geld verleihen an sichere Leute

monatlich Rückzahlung.

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Brennholz 50

auch Stochholz, Wag.

Stienen 30—200 mm.

1 Schreibmaschine,

1 Paraffine,

gegl. C. Draht

zu f. gel. Off. u. P. 27 Exp.

Hotel-Restaurant

mit Inventar u. f. gel. Angeb.

W. Breisung u. n. d. Beschreibung

u. M. 319 an die Geschäftsst.

b. Stg. 161

Kleiner geb. 164

Hotelherd

zu verl. Parkhotel, Bad Ems,

Waldbergstr. 3.

Guterhaltenes 165

Fahrrad

(Freilauf, Mischst., pr. Bereifung),

fast neuer

Schrod-Auzug

zu verl. Grfr. Geschäftst. b. Stg.

Anständiges alleinst. Mädchen

sucht einfach möbl. Zimmer

per sofort oder 1. Nov. evtl. m.

Familienanschluss. Off. unt. K.

328 an die Geschäftsst.

Reines Schweinefleisch

Große fetter

Dachsheringe

frisch eingelesen.

Heinrich Umsonst, Ems.

Telefon 2

Sohn achtbarer Eltern als

Lehrling

gesucht. Gute Schulbildung

bedingung.

Krauses Buchdruckerei, Ems.

Braver Junge

als zweiter Hausknecht gesucht.

Hotel zum Löwen.

167 Bad Ems.

Maurer, Arbeiter

und 1 Fuhrmann

somit gesucht.

Dangschädt Bernd.

Nievern.

Inveridität, sauberes

Mädchen,

das etwas kochen kann, in kleinen

Haushalt bei gutem Lohn und

Behandlung für sofort gesucht.

Frau Rau, Diez.

Wilhelmstr. 5.

Ein Mädchen

für sofort oder später bei gutem

Lohn und Behandlung ge-

sucht. Frau Jakob Trisch,

131 Diez, Marktstr. 5.

Alte, sauberes

Mädchen

für Haus und Küche sof. ge-

sucht. Frau Grose, Diez.

Oberstr. 39.